

Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Gründet 1820

Preis pro Jahr 20

Verantwortliche Redaktion im
Oberamtsbezirk. —
Kaufmann und Buchhändler
Herrn G. G. G.

Es wird durch den Verleger
abgegeben, daß die
Kaufmann und Buchhändler
Herrn G. G. G. in
Nagold, den 1. Oktober 1920.

Telegraphische Anzeigen:
Nagold.
Verlagshaus:
Nagold 1111.

Nr. 233

Mittwoch den 6. Oktober 1920

94. Jahrgang

Die Gefahren einer monarchistischen Restauration in Ungarn.

In einem Artikel im „Daily Herald“ teilt Robert Dell, der ehemalige aus Paris ausgewiesene Korrespondent des „Manchester Guardian“, die Aufrichtigkeit an die Gefahren, die dem Frieden Europas aus der Politik zu erwachsen drohen, die Frankreich mit schmerzlicher Verbundenheit Englands in Bezug auf Ungarn verfolgt. Ausgehend von den Enthaltungen des „Matin“ über ein französisch-ungarisches Abkommen, wonach Ungarn die Mobilisierung seiner Armee gestattet worden sei, um sie Frankreich gegenüber zu stellen, weist Dell darauf hin, daß die Verwendung dieser Truppen gegen Rußland, auf die der „Matin“ angespielt hatte, so gut wie unmöglich sei, da die Tschechoslowakei den Durchmarsch verhindern würde; die wirkliche Gefahr läge vielmehr darin, daß sie eventuell gegen Oesterreich verwendet werden. Die Möglichkeit leitet er aus der Tatsache her, daß die französischen Vertreter in Ungarn zusammen mit den dortigen Reaktionen für die Restauration der Habsburger sich einigten. Dell will erfahren haben, daß am 29. August in Luzern, wo sich gegenwärtig der ehemalige Kaiser Karl aufhält, eine Konferenz von Monarchisten aus Ungarn, Oesterreich und Bayern stattgefunden habe, deren Zweck namentlich die Wiederherstellung der Monarchie in einem wieder vereinigten Oesterreich-Ungarn gewesen sei. Es sei damit zu rechnen, daß früher oder später der Kaiser Karl oder ein anderer Souverän nach Budapest zurückkehren werde. Aber damit allein würden weder die ungarischen noch die österreicherischen Monarchisten sich zufrieden geben, ihre Wünsche gehe auch auf Wien, und nichts werde sie hindern, in Oesterreich einzumarschieren und es zu annektieren. Gerade das aber sei auch der Wunsch der französischen Regierung. Nicht ohne Grund hätten bayrische Monarchisten an der geheimnisvollen Luzerner Konferenz teilgenommen. Frankreich betreibe durch seinen diplomatischen Vertreter in München die Separation Bayerns vom Deutschen Reich, aber es sei sich wohl bewußt, daß ein selbständiges Bayern sein dauerhafter Zustand sein werde, da über kurz oder lang Bayern doch wieder zur deutschen Bundesrepublik zurückkehren werde. Die französische Politik sei infolgedessen darauf gerichtet, Bayern mit Oesterreich und Ungarn unter einer restaurierten Monarchie zu vereinen. Frankreich hoffe, daß auf diese Weise die liberalen und sozialistischen Elemente in diesen drei Ländern unschädlich gemacht werden könnten und Deutschland durch einen großen katholischen und reaktionären Staat in Schach gehalten würde. Der Schlüsselpunkt dieses Planes sei die Trennung des deutschen Gebiets auf dem linken Rheinufer von dem übrigen Deutschland. Dell ist davon überzeugt, daß das durch den Friedensvertrag von St. Germain verteilte Oesterreich für sich allein nicht lebensfähig ist. Alle Oesterreicher stimmten darin überein, daß seine völlige Unabhängigkeit unmöglich sei. Wenn also Oesterreich nicht erlaubt werde, sich der Bundesrepublik des Deutschen Reiches anzuschließen, was die fortschrittliche sozialistische Mehrheit in Oesterreich wünsche, so werde es unvermeidlich von Ungarn absorbiert werden. Um nun die französischen Pläne, die offen auf die Vernichtung der deutschen Nationalität gerichtet sind, zu durchkreuzen, müsse England unbedingt dazwischen eintreten, daß der Artikel 88 des Vertrages von St. Germain, der den Anschluß Oesterreichs an Deutschland verbietet, beseitigt werde. Das hat kürzlich auch der Sonderausschuß des italienischen Parlaments empfohlen und Dell zitiert den entscheidenden Passus dieses Beschlusses als Motto für seinen Artikel. Der Engländer hält die Aufhebung dieser Klausel für unumgänglich, um Europa vor neuen Erschütterungen zu bewahren. England dürfe nicht ruhig zusehen, daß der Vertrag verletzt werde, indem Ungarn unter dem Schutze Frankreichs österreicherisches Territorium besetzt. Es würde schwer sein, das deutsche Volk davon zurückzuhalten, Oesterreich zu Hilfe zu kommen, und das würde für Frankreich wieder der Vorwand sein, weitere Gebiete Deutschlands zu besetzen. „Europa“, so schließt Dell seine Deduktionen, kann nur gerettet werden, wenn England und Italien zusammen die auf einen neuen Krieg zuströmende Politik Frankreichs bekämpfen. Wenn auch diese Ausführungen viele vage Kombinationen und dokumentarisch nicht zu belegende Behauptungen enthalten, so rühren sie dennoch an den Kernpunkt der Probleme, die der Diktator hier im Herzen Mitteleuropas aufgeworfen hat, und zeigen die Gefahren, die in der monarchistischen Politik Frankreichs beschlossen sind.

Tages-Neuigkeiten.

Der Kampf um Danzig.

Genf, 5. Okt. An der Spitze einer Abordnung der Stadt Danzig ist Bürgermeister Dr. Sahn in Paris eingetroffen in Erwartung der Verhandlungen über die im Friedensvertrage vorgesehene und unter der Mitarbeit des Völkerbundes ausgearbeitete Konvention zwischen Danzig und Polen. In der französischen Presse setzt eine gehässige Kampagne gegen die Klagen des Bürgermeisters ein, dem man vorwirft, daß er mit dem Vertreter der Sowjetregierung in Berlin verhandelt und daß er außerdem auf der Liste der

„Kriegsverbrecher“ stehe, deren Auslieferung die Entente verlangt habe. Offenbar geht diese Kampagne von politischer Seite aus und zwar von der polnischen Minderheit der Danziger verfassunggebenden Versammlung.

Kurzer Prozeß!

Hannover, 5. Okt. Der Reichstagsabgeordnete Aberhold, ein Gegner der Moskauer Anschließbedingungen, ist in Hannover aus der U. S. P. ausgeschlossen worden.

Der Kampf um die „materielle Position“.

Die beiden Parteivorstände der Unabhängigen sind Grippen und Däumig. Dieser kämpft für, jener gegen den Anschluß an die Moskauer Internationale. Mit welchen Mitteln Däumig kämpft, stellt das Zentralkomitee, das heißt die Parteileitung der Unabhängigen am 1. Okt. in der „Freiheit“ fest. Däumig hat nämlich in der „Kommunistischen Rundschau“ behauptet, daß die braven Mitglieder, die den Anschluß an Moskau verwerfen, gar nicht merken, „daß der Kampf gegen Moskau bei vielen Führern gleichbedeutend ist mit dem Kampfe um das politische Renommee und — die materielle Position“. Das Zentralkomitee der Unabhängigen bemerkt dazu: „Mit diesem Satz spricht der Vorsitzende der U. S. P. in einer von ihm und einem anderen Mitgliede des Zentralkomitees der U. S. P. herausgegebenen Zeitschrift den Verdacht aus, daß vielen Führern der U. S. P. der Kampf gegen die Anschließbedingungen gleichbedeutend ist mit dem Kampfe um die materielle Position. Es ist unerhört, daß ein Vorsitzender der Partei den Parteistreit auf ein so tiefes Niveau herabdrückt und mit solchen Unterstellungen arbeitet.“ — Ganz richtig. Aber der ganze Betrieb der Unabhängigen war eben bisher nichts anderes als eine hohe Schule der Unerhörtheiten.

Die Orgesch und die Führer der bayerischen Einwohnerwehr.

München, 5. Okt. In der Versammlung der Kreis- und Gauhauptleute der bayerischen Einwohnerwehr kam Dr. Orgesch auf die Orgesch zu sprechen und betonte nachdrücklich, daß sich nicht er in norddeutsche Angelegenheiten einmischen habe, sondern umgekehrt, norddeutsche Vertreter sich an ihn gewandt und wiederholt gebeten hätten, er möge die Oberleitung der norddeutschen Selbstschutzbünde übernehmen. Endlich habe er sich dazu entschlossen, vor allem auch gerade in der Erwägung, daß das im Interesse der dringenden notwendigen Reichseinigkeit liege. Damit sollen von selbst die Verbindungen separatistischer Politik gegen ihn. Ganz aus dem gleichen Geiste verteilte der stellv. Landeshaupmann Kanjler keine Tätigkeit als Organisator der Reichsdeutschen Heimwehrbewegung, die eine Stärkung der großdeutschen Bewegung bedeute und ein Gegenmittel gegen eine neue Donaukonföderation sei.

Die preussischen Zentralkomitee gegen die Wahl des Groß-Berliner Oberbürgermeisters.

Berlin, 5. Okt. Der „Germania“ zufolge spricht der Provinzialtag der Zentrumspartei von Berlin, Provinz Brandenburg, Medienburg und Lüneburg in einer einstimmig gefaßten Entschließung die Erwartung aus, daß die preussische Regierung die Wahl des Dr. Löwenstein zum Oberbürgermeister von Groß-Berlin nicht bestätigen werde, weil die Leitung des Berliner Schulwesens durch einen jeder praktischen Pädagogik entbehrenden Dissidenten den Interessen der Schule ebenso widerspreche wie den Empfindungen aller von der Bedeutung der Religion für das Erziehungsweien überzeugten Eltern ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses.

Unbekannter Goldtransport.

Berlin, 5. Okt. Einem Pariser Telegramm des „Berliner Lokalanzeigers“ zufolge hatte der im Hafen von Boulogne eingetroffene Danziger Frachtdampfer „Petrei“ 5000 Kilogramm Goldbarren an Bord im Werte von etwa 48 Millionen Franken. Diese Ladung wurde in Royal geladet und das Gold wurde sofort nach Lyon verfrachtet. Es ist unbekannt, für welchen Rechnung dieser Transport frachtfrei hat.

Vorbildliche franz. Arbeiter

Berlin, 5. Okt. Der „Internationale“ meldet, daß die Bauarbeiter Nord-Frankreichs, zu Gunsten des Wiederaufbaues, täglich 9 bis 10 Stunden zu arbeiten gewillt sind.

Abbruch der russisch-norwegischen Verhandlungen.

Kopenhagen, 5. Okt. „National Tidende“ meldet aus Christiania: Nach einem Bericht der Zeitung „Aften Posten“ hat Alwinow die Verhandlungen mit der norwegischen Regierung abgebrochen, nachdem diese seinen letzten Vorschlag über die Eröffnung von Handelsbeziehungen mit Rußland abgelehnt hatte. Er wird wahrscheinlich am Mittwoch über Stockholm nach Royal reisen.

Erschiebung russ. Delegierter!

Paris, 5. Okt. Echo de Paris verbreitet eine Meldung aus Helsingfors: 12 Delegierte der Friedenskonferenz seien nach der Ankunft in Moskau ohne weiteres erschossen worden.

Der polnisch-russische Friede.

Riga, 5. Okt. Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschischerin, ist in Riga eingetroffen um für die russische Delegation die Leitung der Verhandlungen

zu übernehmen. Seine allgemein gehaltene Kennzeichnung der Sachlage läßt keine besonderen optimistischen Hoffnungen auf einen baldigen Friedensschluß zu.

Ein polnischer Siegesbericht.

Warschau, 5. Okt. Um die Ueberbleibsel der Sowjetarmee zu vernichten, die sich nach der Niederlage der letzten Tage zurückziehen, haben unsere Truppen den Serwez in der Verfolgung des Feindes überschritten. Wir haben Komogrod besetzt. Der Feind, der in der vergangenen Woche noch die Linie Biogost—Brest—Lipnowski—Jamost besetzt hatte und die Wiederaufnahme einer Offensive beabsichtigte, wurde 100 bis 150 Kilometer zurückgeworfen. Er erlitt ungeheure Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen und verlor bedeutendes Kriegsmaterial. 10 Sowjetdivisionen wurden vollständig vernichtet, deren Ueberbleibsel mußten sich nach schweren Verlusten in den jüngsten Kämpfen zurückziehen. Auf dem Rückzuge fielen die Archive der 3. und 4. russischen Armee sowie mehrere Divisionen (21, 25, 27, und 41.) zahlreicher Brigaden, Regimenter und Bataillone in unsere Hände. Im Verlaufe der letzten Operationen erbeuteten wir 42 000 Gefangene, 160 Kanonen, 950 Maschinengewehre, 18 Panzerautos, 7 Panzerzüge, 3 Flugzeuge, 31 Lokomotiven, 2540 Waggons, 10 Autos, mehrere Parks und sonstiges zahlreiches Kriegsmaterial, was auf die Offensivabsichten des Feindes hindeutet. In diesen Kämpfen haben unsere Truppen bedeutenden Heldennut an den Tag gelegt.

Poincarés Meinung über Brüssel.

Paris, 5. Okt. Poincaré veröffentlicht im „Matin“ einen ausführlichen Artikel über die Brüsseler Konferenz. Er hebt dabei besonders die feste Haltung des Vorsitzenden Adors hervor, der es verstanden habe, jede Diskussion des Besonderen Vertrags auszuschalten. Daran folgt eine längere Auseinandersetzung über die Vorgeschichte der Konferenz und die angeblichen neutralen Versuche, die französischen Forderungen durch eine Abfindungssumme zu erledigen. Er verwahrt sich ausdrücklich gegen die „Deutsche Tageszeitung“, die ihm allein die Schuld an der Aufhebung der Genfer Konferenz zuschreibt. Er sei der Meinung, daß Frankreich sich nicht durch die internationale Finanz führen lasse.

Neue Sitzung der Finanzkonferenz.

Brüssel, 5. Okt. Die Finanzkonferenz wird am Mittwoch wieder zu einer öffentlichen Sitzung zusammenzutreten. Die Ausschüsse arbeiten inzwischen in geschlossenen Sitzungen an der Ausarbeitung der Entschließungen. Die Arbeiten der Ausschüsse für öffentliche Finanzen, Wechsel u. internationalen Handel sollen bereits weit vorgeschritten sein. Eine ermächtigte Persönlichkeit bestätigt, daß die Formeln, die die drei Ausschüsse aufstellen würden, theoretischen Charakter haben und in keiner Weise die Urheber verpflichten würden. — Die Agentur Havas glaubt zu wissen, daß man den Völkerbund um seine Intervention bei den Regierungen zwecks Abbau der Rüstungen gebeten habe. In dieser Angelegenheit werde in dem Ausschuss unter dem Vorsitz des französischen Delegierten Celler noch verhandelt, jedoch man greifbare Ergebnisse erwarten dürfe. Die Notwendigkeit der Schaffung eines ständigen internationalen Finanzorganismus sei von der Konferenz anerkannt worden und man laufe jetzt nach Modalitäten dieses Organismus. Es sei sehr wahrscheinlich, daß dieser der Einrichtung des Internationalen Arbeitsbureaus entsprechen werde, wie es in Genf tagte.

Die Auflösung des spanischen Parlaments.

Madrid, 5. Okt. (Reuter.) Der Adm. verlegte die sofortige Auflösung des Parlaments. Die Neuwahlen finden im Dezember statt. Das Parlament wird Anfang Januar wieder eröffnet.

Ueberwindung der englischen Bergarbeiterskrise.

London, 5. Okt. Die Krise in der englischen Steinkohlindustrie scheint jetzt überwunden zu sein. In einer Versammlung unter Vorsitz des Arbeitsministers Hoare formulierte die Vertreter der Grubenarbeiter zusammen mit der Delegation der Minenbesitzer die Punkte, über die jetzt die Arbeiterorganisationen abstimmen werden. Man ist allgemein der Ansicht, daß die Vorschläge der Bergwerksbesitzer nach den gewünschten Änderungen sofort von den Arbeitern genehmigt werden. Das letzte Zugeständnis besteht darin, daß die Lohnerhöhung um einen Schilling bereits genehmigt wird, wenn die Erzeugung 240 Millionen Tonnen erreicht hat, anstatt bisher 242 Millionen Tonnen. Da das Quantum von 240 Millionen Tonnen bereits erreicht ist, wird die erste Lohnerhöhung im Oktober zur Auszahlung kommen. Man glaubt, daß der Vollzugstat den Arbeitern den Rat erteilen wird, die Vorschläge sofort anzunehmen.

Schöne Worte Milerands!

Amsterdam, 5. Okt. Die „Standard“ schreibt, daß Milerand beim Empfang des deutschen Völkchasters Rancor schöne Worte über die Zusammenarbeit an den großen Werken des Friedens geredet habe. Schade, daß die französische Politik praktisch in eine ganz andere Bahn geleitet werde und von einer „großen Friedensarbeit“ keine Rede sei. Die aggressive und deutschfeindliche Politik der jetzigen französischen Regierung bilde eine große Gefahr für die Wiederherstellung aufrichtiger freundschaftlicher Beziehungen zwischen Siegern



und Befreien und verbinden ein zweckentsprechendes Zusammenwirken zum Wiederaufbau des schwankenden Europas.

Los von dem revolutionären Sozialismus.

Daag, 5. Okt. Der „Revue Courant“ bezieht sich auf den Verlauf des Kongresses in Orleans, daß es immer deutlicher zutage trete, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder Westeuropas vom revolutionären Sozialismus sich abwenden. Von Kommunismus sei mania unter den Arbeitern zu pflücken, wie sie man auch mit ihm kofettiere.

Roskows Stipendiaten.

Die „Freiheit“, das Berliner Organ der U.S.P., wies kürzlich darauf hin, daß es sich bei den meisten der im Exekutivkomitee der 3. Internationale vertretenen Parteien einfach um „Stipendiaten von Roskau“ handele, d. h. um Vertreter, deren Bewegungen ohne russisches Geld zusammenbrechen würden, also um Werkzeuge der kommunistischen Partei Russlands. Gegen die Richtigkeit dieser Behauptungen läßt sich nichts einwenden. Es handelt sich hier natürlich nicht um eine Entdeckung der „Freiheit“, sondern um eine allbekannte Tatsache. Erst jüngst ist sie von dem kommunistischen Otto Mühl, Mitglied der R.A.P.D., bestätigt worden, der bei und Konfessionen als die „willigen Papageien“ Roskows bezeichnet hat. Sie haben keine eigene Meinung und werden von Roskau bezahlt. Die Berliner „Rote Freiheit“, das Organ der R.P.D., hat es vorgezogen, keinerlei Redigierungsverhältnisse gegenüber den Hinweisen auf die aus Moskau erhaltenen Selbstsubsidien zu unternehmen. Aber sie rücht sich in anderer Weise. Sie erklärt, die „Freiheit“ scheine „ein sehr kurzes Gedächtnis“ bekommen zu haben, sonst würde sie doch wissen, daß es eine Zeit gegeben habe, wo die Roskauer Stipendiaten auch den Organisationen und Zeitungen der U.S.P. nicht ganz unwillkommen gewesen seien! Darob große Entrüstung in der „Freiheit“, die nun erklärt, daß die U.S.P. nie finanzielle Beihilfen für den Verlag ihrer Druckschriften erhalten habe! Auch der Parteivorstand habe es wiederholt abgelehnt, russische Gelder anzunehmen, weil es sich bei diesen Summen um Staatsgelder handele! Endlich legt die „Freiheit“ das rührende Bekenntnis ab, die U.S.P. sei so „altmodisch“, an dem Grundsatz festzuhalten, daß eine proletarische Partei nur stark und innerlich gefestigt sein könne, wenn sie sich durch Opferwilligkeit ihrer eigenen Mitglieder und nicht auf fremde Hilfe stützt. Das heißt wörtlich auf das kurze Gedächtnis der deutschen Öffentlichkeit (speziellere. War etwa der Abg. Cohn nicht Mitglied der U.S.P., als er von Joffe 550 000 M und 150 000 Rubel „zur Förderung der deutschen Revolution“ erhielt? Wie steht es ferner mit dem Fonds von 10 Millionen Rubel, über den der Abg. Cohn nach Joffes Angaben „im Interesse der deutschen Revolution“ disponieren sollte und wie endlich mit der Behauptung Joffes, daß der Unabhängige Barth 14 Tage vor Ausbruch der deutschen Revolution Joffe gegenüber bezeugt habe, daß er (Barth) genau gewußt habe, aus welcher Quelle die für die Revolutionierung Deutschlands (Waffenkäufe) bestimmten Gelder stammten? Haben endlich die eigenen Worte des Abg. Cohn vor dem Untersuchungsausschuß am 18. Nov. 1919, daß die bolschewistische, von Joffe stammenden Gelder „zu einem kleinen Teil auch zur Unterstützung der politischen Zwecke meiner Partei bestimmt waren“ (Cohns eigene Worte vor dem Untersuchungsausschuß) gegenwärtig keine Gültigkeit? Die „Freiheit“ hätte wahrlich allen Grund, auch vor der eigenen Tür zu kehren. Die Tatsache läßt sich nicht aus der Welt schaffen, daß auch gewisse Unabhängige einst „Stipendiaten von Roskau“ waren, damals, als sie nicht so „altmodisch“ dachten, wie jetzt die „Freiheit“.

Die Lage der Regierung Lenins gezüht?

Paris, 5. Okt. Der Sozialdemokrat Blatten, schweizerischer Nationalrat, dessen zahlreiche Verfahrten durch Rußland bekannt sind, erklärte, daß die Lage der Regierung Lenins gefährlich sei. Rußland wird eine große Bauerempörung werden, geleitet von einer gemäßigten sozialdemokratischen

Regierung. Die Herrschaft Lenins und Trozkis näherte sich ihrem Ende, sie könne sich nur noch durch den Terror halten.

Umwidmung des englischen Kabinetts.

London, 5. Okt. Wie verlautet, soll das Kabinett Lloyd George demnächst eine Umwidmung erfahren. Fünf oder sechs Ministerparteiliches sollen ihren Inhaber wechseln: Lord Milner, Sir Eric Geddes und Lord Jangerold sollen sich zurückziehen; der Minister des Innern, Short, soll in den Richterstand übertreten; Herr Balfour soll zum Peer von England erhoben werden und ins Oberhaus kommen und der Lordkanzler Birkenhead, der gegenwärtig krank ist, soll einen längeren Urlaub erhalten.

Der Osten.

Amsterdam, 5. Okt. Einer „Times“ Meldung aus Konstantinopel zufolge verfährt es sich, daß Rastim Karabekir Befehl mit regulären Truppen in Stärke von 15 bis 20 000 Mann die armenische Grenze überschritten und Oltz genommen hat. In Armenien herrscht große Erregung. Die Regierung von Erivan könne den Eindringlingen von ihrer 40 000 Mann zählenden Truppenmacht kaum die Hälfte gegenüberstellen, weil sie die Nordost- und Südostgrenze des Landes nicht entblößen dürfe.

Genf.

Daag, 5. Okt. Rastinadam, der Londoner Korrespondent der „Haagschen Post“, telegraphiert, daß von einem Aufgeben der Genfer Konferenz noch keine Rede sei. Die englische Regierung halte noch immer an diesem Gedanken fest. Er bilde augenblicklich den Gegenstand eines lebhaften Gedankenverkehrs zwischen der englischen und der französischen Regierung.

Wilson's Völkerbund.

Washington, 5. Okt. In seinem Aufruf an die Amerikaner anlässlich der bevorstehenden Präsidentschaftswahl fordert Wilson zur Unterstützung des Völkerbunds auf und erklärt die Behauptung, daß die Ver. Staaten auf Grund des Art. 10 der Völkerbundverträge von anderen Nationen zu einem Krieg genötigt werden könnten, für vollständig unrichtig. Nichts, was in den Völkerbundverträgen stehe, hindere die Kongress, einen Krieg zu erklären oder nicht zu erklären.

Die Entwaffnung.

Hamburg, 5. Okt. Der Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung, Dr. Peters, betonte in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Hamburzer Fremdenblattes“, daß die Methode der freiwilligen Ablieferung unter Aufsicherung von Strohfreiheit und Beschleunigungsprämien sich durchaus bewährt habe. Man könne feststellen, daß die bisher bekannt gewordenen Teilergebnisse befriedigend seien. Unrichtig sei die Behauptung, daß infolge der Entwaffnung sich irgendwo Störungen der öffentlichen Sicherheit und vermehrte Kriminalität bemerkbar gemacht habe. Der Zeitpunkt, an dem die von den Verbänden der Grenzschutzorganisationen und der Einwohnerwehren angemeldeten Waffenbestände abzugeben seien, werde von Fall zu Fall im Einvernehmen mit den Landesbehörden festgesetzt werden. Alle schweren Waffen dieser Organisationen wie Geschütze, Minenwerfer, Flammenwerfer und Maschinengewehre würden im Oktober eingezogen.

Württembergische Politik.

Eine Steueranfrage.

Der Abg. Winter (Soz.) hat im Landtag folgende Anfrage gestellt: Der gesteigerte Einnahmeharakt des Staats und der Gemeinden zwingt zu neuen Maßnahmen. Als geeignetes Mittel, die Einnahmen zu vermehren, erscheint die Erhöhung des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer. Das Grundsteuerverfahren, aufgebaut nach dem Reinertrag der Grundstücke unter Zugrundelegung von Durchschnittspreisen der Kalenderjahre 1855/59 ist veraltet und viel zu nieder. Das

Gewerbesteuer muß schon aus dem Grunde einer Neuveranlagung unterzogen werden, weil Gewerbetreibende, die infolge Erfüllung ihrer Wehrpflicht ihr Gewerbe vorübergehend abgemeldet hatten, nun gemäß den geänderten Bestimmungen höher als bisher zur Gewerbesteuer veranlagt werden, während die meisten Richtkreistaxen nach dem niederen Friedensstande zur Steuer herangezogen werden. Ist der Finanzminister bereit, zur Ermäßigung einer Steigerung der Staats- und Gemeindefinnahmen und einer gleichmäßigen, gerechten Belastung der Steuerpflichtigen eine durchgreifende Erhöhung des Grund- und Gebäudesteuers und eine Neuordnung des Gewerbesteuer in die Wege zu leiten?

Die Spaltung der U.S.P.

Ueber den Verlauf der Landesversammlung der U.S.P. Württembergs, die, wie wir berichteten, die Spaltung zwischen den Moskauer Anhängern und Moskauer Gegnern brachte, weiß die „Tagwacht“ noch zu berichten: Schwan (Hildbronn) wünscht, daß auch die Körperlichkeiten resp. die Funktionäre der Partei neu zur Wahl gestellt werden, denn er habe zum Landesvorstand kein Vertrauen, daß dieser die Beschlüsse, die gefaßt werden, auch durchführe. Dieser Beschlüßordnungsantrag schlug den Fuß den Boden aus. Engelhardt bemüht sich im Schwere seines Angehts, an der Hand der Statuten zu beweisen, daß ein derartiger Antrag nicht zulässig sei. Die Beschlüßordnungsdebatte zu dieser Frage dauerte etwa 1 1/2 Stunden. Die Zühtlichkeiten, die sich die beiden Lager gegeneinander erwiefen, gehen auf keine Ruhhaut. Die Gegner und Moskauer der U.S.P.: Müller, Scheppler, Hofsch, Schuler, Engelhardt usw. predigten lauten Ohren. Der Antrag Schwan (Hildbronn), der dem Landesvorstand das höchste Mißtrauen ausdrückt, wird gegen 10 Stimmen angenommen. Hieran referiert Scheppler zum 1. Punkt der Tagesordnung. Er legt dar, daß die Parteiführung der Wahlen fern sei und Delegierten nur auf Grund von Extrabeiträgen (die von den Mitgliedschaften gesteuert und zwar bis zu 20 Mitgliedern 20 M, bis 50 Mitgliedern 25 M usw. erhoben werden sollen) entsandt werden können. Wieder entzündet sich eine sehr heftige Debatte, in welcher ein Schreiben des Zentralvorstandes der Partei, das nur Delegierte in Halle anerkennen will, die durch die Wahl gewählt wurden, kritisiert und als ein Ulla schimmister Art bezeichnet wird. Die Verhältniswahl wird gegen eine feste Kandidatliste abgelehnt. Nun geht über dem Vorliegen des Engelhardt die Geduld zu Ende. Er übergibt den Vorsitz Müller (Ravensburg), nachdem er der Mehrheit zuvor noch einige Schmeicheleien gesagt hat. Ein Antrag, der verlangt, daß der Landesvorstand über seine Tätigkeit berichten soll, wird von Engelhardt begründet. Aber auch damit findet er keine Gnade bei der Mehrheit, denn diese ist mit der festen Kandidatliste gekommen, den Landesvorstand, die Kontroll- und Prüfkommission lang- und kluglos in den Dicks zu werfen. Der Antrag wird mit 111 gegen 96 Stimmen abgelehnt. Das gleiche Schicksal widerfährt einem Antrag Hofsch, der die Absetzung der beiden Referate verlangt. Alle Maßnahmen zur Vermeidung, alle Berufung auf die elementarsten Grundsätze der Demokratie von Seiten Hofsch und Schuler werden mit einem Sturm der Entrüstung und den bekanntesten unabhingig-kommunistischen Redeflosungen wie „Jovale“, „Dreißigste“, „Schlangensänger“ usw. quittiert. Der Vorsitzende Müller erklärt: „Es gibt keine Partei von Gleichgesinnten“. Unter dem wilden Lachen der ganzen Versammlung stellt die Minderheit den Antrag, die Sitzung auf eine halbe Stunde auszuschieben, was jedoch mit 107 gegen 63 Stimmen abgelehnt wird. Der Vorsitzende des „Sozialdemokrat“, Hans, legt darauf sein Amt nieder und erklärt: „Nun können Sie aus dem „Sozialdemokrat“ eine Befestigungsmauer machen.“ Engelhardt und Schuler fordern die Delegierten, die sich hinter den Landesvorstand stellen, auf, den Saal zu verlassen. Ein ungeheurer Lärm entsteht, in den sich auch die Zuhörer auf der Galerie einmischen, wobei es ehrenrührige Anwürfe von beiden Seiten nur so regnet. Von

Hans und Heinz Kirch.

11) Novelle von Theodor Storm.

Frau Jules stülzte sich in ihrem dicken Kopfe so tief gegangen sein, hatte sie doch selbst vor einem halben Jahre ihre einzige Tochter fast mit Gewalt an einen reichen Trunkenbold verheiratet, um von seinen Kapitalien in ihr Geschick zu bringen; es hatte sie nur gereizt, ihrem Bruder, wie sie später meinte, für die hundert Taler auch einmal etwas auf den Stock zu tun. Und so war sie denn schon dabei, ihm wieder gute Worte zu geben, als vom Markte her ein älterer Mann zu den Geschwistern trat. Es war der Krämer von der Ede gegenüber. „Kommi Nachbar“, sagte dieser, indem er Hans Adams Hand sahste, „wir wollen in Ihre Zimmer gehen, das geht nicht auf die Straße!“

Frau Jules nickte ein paar mal mit ihrem dicken Kopfe. „Das meine ich auch, Herr Richters!“ rief sie, indem sie sich mit ihrem Kräftstode nach der Straße hinunterstülzte; „erzählen Sie's ihm besser, seiner Schwester hat er es nicht glauben wollen! Aber, Hans, wenn's dir an Reifegeld nach Hamburg fehlen sollte?“

Sie bekam keine Antwort. Herr Richters trat mit dem Bruder schon in dessen Zimmer. „Sie wissen es also, Nachbar!“ sagte er, „es hat keine Wichtigkeit, ich habe den Brief von Fräulein Reimers selbst gelesen.“

Hans Kirch hatte sich in seinen Bekantahl gefestigt und hatte, mit den Händen auf den Knien vor sich hin. „Von Fräulein Reimers?“ fragte er dann. „Aber Fräulein Reimers ist ein Windstod, ein rechter Weichhals!“

„Das freilich Nachbar, und er hat auch diesmal seine eigene Schande nach Haus geschrieben. Beim Schlafbas in der Johannisstraße haben sie abends in der Schenkstube beisammengesessen, deutsch gelesene, aber aus allen Meeren, Fräulein Reimers, und noch zwei andere unserer Jungens mit dazwischen. Nun haben sie geredet über wader und wohnin; zuletzt wo ein jeder von ihnen denn zuerst die Wand bestrichen habe. Als an den Reimers dann die Rede gekommen ist, da hat er — Sie kennen's ja wohl, Nachbar — das dumme Lied gesungen, worin sie den großen Fisch an unserem Rathaus in einen elenden Bütt verwandelt haben; kann aber ist das Wort herausgeworfen, so hat vom anderen

Ende des Tisches einer gerufen: „Das ist kein Bütt, das ist der Schwanz von einem Buckel, und der ist doppelt so lang als Arm und Bein bei dir zusammen!“

„Der Mann, der das gesprochen hat, ist vielleicht um zehn Jahre älter gewesen als unsere Jungens, die da mitgelesen und hat sich John Smidt genannt.“

„Fräulein Reimers aber hat nicht geantwortet, sondern weiter fortgesungen, wie es in dem Liede heißt: Und sie handelt, sagt er, da mit Macht, sagt er; hab'n zwei Böde, sagt er, und ne Jacht!“

„Der Schandl!“ rief Hans Kirch, „und sein Vater hat bis an seinen Tod auf meinem Schoner gefahren!“

„Ja, ja, Nachbar, der John Smidt hat auch auf den Tisch geschlagen. „Wui für den Vogel, der sein eigen Nest beschmutzt!“

„Recht so,“ sagte Hans Kirch, „er hätte ihn nur auf seinen dünnen Schädel schlagen sollen!“

„Das tat er nicht, aber als der Reimers ihn zugerufen, was er dabei denn mitzureden habe, da —“

Hans Kirch hatte des anderen Arm gefaßt. „Da?“ wiederholte er.

„Ja, Nachbar — und des Erzählers Stimme wurde leiser — da hat John Smidt gesagt, er heiße eigentlich Hans Kirch, und ab er denn auch nun noch etwas von ihm kaufen wolle. — Sie wissen es ja, Nachbar, unsere Jungens geben sich drüben manchmal andere Namen, Smidt oder Mayer, oder wie es eben kommt mag, zumal wenn's mit dem Feuerwechsel nicht so ganz in Ordnung ist. Und dann, ich bin ja erst seit sechzehn Jahren hier, aber nach Hörensagen, es muß Ihrem Heinz schon ähnlich sehen, das!“

Hans Kirch nickte. Es wurde ganz still im Zimmer, nur der Verpendel der Wanduhr tickte. Dem alten Schiffer war es, als fühle er eine eraltende Hand, die den Druck der feintigen erwarte.

Der Krämer brach zuerst das Schweigen. „Wann wollen Sie reisen, Nachbar?“ fragte er.

„Heute nachmittag,“ sagte Hans Kirch und suchte sich so gerade wie möglich aufzurichten.

„Sie werden gut tun, sich reichlich mit Geld zu versehen, denn die Kleidung Ihres Sohnes soll ja nicht im besten Stande sein.“

Hans Kirch nickte. „Ja, ja, noch heute nachmittag.“

Dies Gespräch hatte eine Jüdderin gehabt. Die junge Frau, welche zu ihrem Vater wollte, hatte vor der halboffenen Tür des Bruders Namen gehört und war aufhorchend stehen geblieben. „Reht floq sie, ohne einzutreten, die Treppe wieder hinauf nach ihrem Wohnzimmer, wo eben ihr Mann, am Fenster stehend, sich zu besonderer Ergötzung eine Saavanna aus dem Sonntagstischen angezündet hatte. „Heinz!“ rief sie jubelnd ihm entgegen, wie vorzeiten ihre Mutter es gerufen hatte, „Nachricht von Heinz! Er lebt, er wird bald bei uns sein!“ Und mit überströmenden Worten erzählte sie, was sie unten im Flur erlautet hatte. Wörtchen aber hielt sie inne und sah auf ihren Mann, der nachdenklich die Rauchwölken vor sich hieselte.

„Christian!“ rief sie und tratete vor ihm hin, „mein einziger Bruder! Freust du dich denn nicht?“

Der junge Mann legte die Hand auf ihren Kopf: „Berzueh mir, Lina, es kam so unerwartet, dein Bruder ist für mich noch gar nicht dagewesen, es wird ja nun so vieles anders werden.“ Und behutsam und verständig, wie es sich für einen wohlbedenkenden Mann ziemt, begann er dann ihr darzulegen, wie durch diese nicht mehr vermutete Heimkehr die Grundlagen ihrer künftigen Existenz beschränkt, ja vielleicht erschüttert würden. Daß seinerseits die Verschollenheit des Haussohnes, wenn auch ihm selbst kaum eingestanden, wenigstens den zweiten Grund zum Werden um Hans Adams Tochter abgegeben habe, daß ließ er freilich nicht zu Worte kommen, so aufdringlich es auch jetzt vor seiner Seele stand.

Frau Lina hatte aufmerksam zugehört. Da aber ihr Mann jetzt schwieg, schüttelte sie nur lächelnd ihren Kopf: „Du sollst ihn nur erst kennen lernen; o, Heinz war niemals eigenmächtig.“

Er sah sie herzlich an. „Gewiß, Lina, wir müssen uns dazeln zu finden wissen, und desto besser, wenn er wiederkehrt, wie du ihn einst gekannt hast.“

Die junge Frau schlug den Arm um ihres Mannes Nacken: „O, du bist gut, Christian! Gewiß ihr werdet Freunde werden!“

Dann ging sie hinaus; in die Schlafkammer, in die beste Stube, an den Herd; aber ihre Augen blickten nicht mehr so froh, es war auf ihre Freude doch ein Reif gefallen. Nicht, daß die Bedenken ihres Mannes auch ihr Herz bedrückten; nein, aber daß so etwas überhaupt nur sein könne; sie wußte selber kaum, weshalb ihr alles jetzt so dbe schien.

(Fortsetzung folgt.)

214 Delegierten verlassen 45 die Konferenz. Am Sonntag vormittag 9 Uhr fand sich die Mehrheit wieder zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung entspannt sich eine längere Debatte darüber, ob die Kandidaten der Abgeplittierten auf der Vorschlagsliste für die Wahl der Delegierten zum Parteitag stehen bleiben sollen. Das Ergebnis ist die Entsendung einer Abordnung zu den im „Saal“ zu Cannstatt versammelten Anhängern Crispians behufs Forderung einer Erklärung, ob sie ihre Kandidaten auf der Liste belassen wollen. Die Frage wird bejaht. Stöcker bekräftigt sodann in einem weiteren zweistündigen Vortrag den Anschluß an die 3. Internationale. Bedauert wurde, daß die Säuberung in der Partei nicht schon früher erfolgt sei. Einstimmig angenommen wurde folgende Resolution: Die Landeskonferenz fordert vom Parteitag den Anschluß an die 3. Internationale.

Aus Stadt und Bezirk.

Magd., den 6. Oktober.

Co. Kirchengemeinde. Vom Beschluß des Kirchengemeinderats müssen die Gebühren für Sonntags- und Feiertagspredigten von 10 auf 20 M., für Hauskirchen von 3 auf 5 M. erhöht werden.

Kauf. Das Wohngebäude Bahnhofstraße 56 ging durch Kauf in den Besitz der Fa. Schwabenprocurie Geb. Benz, Magd. über. Seitiger Besitzer war Kaufmann Ehr. Holz. Nämlich sind beide Wohngebäude Bahnhofstr. 55 und 59 Eigentum obiger Firma.

Vortrag Sigloch. (Gespochen i. N. der Schwab. Liga zum Schutze deutscher Kultur.) „Die russische Revolution“ lautete das Thema des gestrigen „überfüllten“ Vortragsabends im Löwen. Vom Jarensturz ausgehend, die Vinte über Rasputin, den damals einflussreichsten Mann am russischen Hof, zu dem Sturz des Zaren, der Verdrüßung an den Fronten u. der Auarchie im Lande führend. Das ehemalige kaiserliche Rußland ist gerührt. Unachtsamkeit, Verwahrlosung, Diebstahl, Schiebertum und das schrecklichste Wespen der Hunger, haben tiefe Narben in den russischen Volkskörper eingeschrieben. Und dennoch: die Flamme Rußlands, nicht die des bolschewistischen Rußlands, nein die reine Flamme der russischen Volksseele, wird noch einmal aufleuchten, um sich dann mit uns zu vereinen. — In zwanglosem Erzählertone reichte sich die Reihe eigener Erlebnisse zum Spielbild des Ganzen, zur Wahrheit über Rußland. Bedauerlich war eine unangenehme Zurückhaltung der Einwohnerzahl, daher der schlechte Besuch des Vortrags, doch der Beifall und die Anerkennung der wenigen Anwesenden war herzlich und wahr.

Witterverkehr. Am 1. Oktober 1920 wurde der direkte Witterverkehr mit Belgien, Frankreich und Luxemburg auf Grund des internationalen Übereinkommens über den Eisenbahndienstverkehr wieder aufgenommen. Direkte Frachtläufe bestehen vorerst nicht.

Amtsbezeichnung des Oberamtsvertrags. Infolge der durch die neue Befolungsordnung eingetretenen Änderungen in den Amtsbezeichnungen wollen künftig verschiedene Oberamtsstellen, die schon längere Zeit den Titel Regierungsrat besitzen, wieder ausschließlich die frühere als eingetragene Amtsbezeichnung „Oberamtmann“ führen. Der Oberamtmann von Weildorf gibt dies im Amtsblatt als erster bekannt.

Landesverband württ. Amtskörperschaften. In vergangener Woche wurde in Stuttgart, nachdem 51 Amtskörperschaften ihren Beitritt erklärt hatten, der Landesverband württ. Amtskörperschaften gegründet. Er hat den Zweck, die gemeinsamen Rechte und Interessen der Amtskörperschaften zu wahren und Gutachten über wichtige, die Amtskörperschaften berührende Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung abzugeben. Zum Vorsitzenden wurde Oberamtmann Richter-Ehlingen, zu seinem Stellvertreter Oberbürgermeister Hepp-Reutlingen gewählt.

Aus dem übrigen Württemberg.

Der Co. Volksbund zur wirtschaftlichen Notlage. Der Landesauschuß des Co. Volksbundes hat folgende Kundgebung beschlossen:

„Soeben erlassen die Württ. Landwirtschaftskammer, der Landwirtschaftl. Hauptverband, der Schwab. Bauernverein und der Württ. Obstbauverein an die Landwirte einen Aufruf, der Richtlinien für die Preisbildung gibt: für Kartoffeln 20—24 M je nach Größe, für Mohrrüben 30—35 M für alle Erzeugnisse, für die Höchstpreise festgesetzt sind, keine höheren Preise als die festgesetzten.“

Wir begrüßen diesen Aufruf mit aufrichtiger Freude, einmal im Blick auf die tatsächlich in weiten Kreisen der Verbraucher vorhandene Not, von der man auf dem Lande vielfach noch keine genügende Kenntnis hat, sodann aber insbesondere, weil hier ein Anfang gemacht ist zu einer freien Regelung der Preise nicht nach den Gesichtspunkten des möglichst großen Gewinns, sondern der Volksgemeinschaft und des Gewissens. Wir unterstützen darum diesen Aufruf aus nachdrücklichster und bitten alle Landwirte unter unseren Volksgenossen, daß sie die hier von den Führern ihres Standes ausgesprochenen Grundzüge nun auch befolgen. An die Städte aber richten wir die Aufforderung, nicht ihrerseits durch höhere Angebote die Landwirte in Versuchung zu bringen und den Wiederaufbau der Volksgemeinschaft zu hindern, an die Regierung, mit jeder nur möglichen Strenge gegen das alle Volksmoral und allen Volkszusammenhalt gefährdende Schiebertum einzuschreiten, an die Handel- und Gewerbetreibenden auch ihrerseits allen wucherischen Gelüsten zu widerstehen und sich mit einem angemessenen Gewinn zu begnügen.

Mit Gesetzen und Verfügungen allein ist unserem wirtschaftlichen Leben nicht zu helfen, sondern nur mit dem freien Willigen Entschluß jedes einzelnen und jeden Erwerbstätigen dem Ganzen zu dienen, Rücksicht zu üben auf die anderen und die Hände sauber zu halten.“

Die Geschäftslage bei Vofch und in der Industrie.

Stuttgart, 5. Okt. Die Zeitung der Vofchwerte teilt in der letzten Nummer ihrer Wochenzeitung „Der Vofch-Jäger“ ihren Arbeitern mit, daß sich die allgemeine Geschäftslage wesentlich verschlechtert hat; aber die Wirkung auf den Betrieb sagt sie u. a.: So viel können wir aber jetzt schon sagen, daß erstens neue Aufträge auch nicht annähernd mehr in dem

Umfang eingeht, um unsere Werke damit weiterhin voll beschäftigen zu können, und daß ferner von unseren Kunden, die alle unter der gleichen Abkühlung leiden (wie z. B. die Daimler-Motoren-Gesellschaft), aus diesem Grund die Zahlungen für unsere Lieferungen nur sehr langsam eintreffen und vielfach stoden. In gleichem Maß müssen auch wir unsere Lieferanten, die wir zudem erst befriedigen können, wenn wir die laufend zur Lohn-, Gehalts- und Lohnzahlung nötigen großen Beträge zurückgestellt haben. Dies hat selbstverständlich zur Folge, daß damit auch wir unsere Lieferanten, die doch ebenfalls ihre Betriebsangehörigen laufend auszahlen müssen, in die gleichen Schwierigkeiten bringen, in die wir von unseren Kunden gebracht werden. Daß die allgemeine Abkühlung bei uns, unseren Kunden und der ganzen übrigen Industrie, besonders auch im Weltmarkt von den hohen, nicht mehr wettbewerbsfähigen Preisen berührt, das ist von allen Betroffenen schon so oft gesagt und belegt worden, daß es darüber nichts neues mehr zu sagen gibt. — Um nicht zur Entlassung einer größeren Anzahl von Arbeitern schreiten zu müssen, soll, wie bereits gemeldet, bei Vofch die wöchentliche Arbeitszeit auf 32 Stunden reduziert werden.

Loßburg, 5. Okt. Am Sonntag den 26. Sept. fand im Gasthaus zur „Sonne“ hier eine Versammlung der Kriegsbeschädigten von hier und Umgebung statt, in der die Gründung einer Ortsgruppe und der Anschluß an den Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen beschlossen wurde.

Wolfsch, 5. Okt. Die elektrische Beleuchtung wird nun auch in der Gemeinde Rippoldsau eingeführt und soll auf Schluß dieses Jahres fertig gestellt sein.

Sulz a. N., 5. Okt. In unserer Nachbarschaft verkaufte ein Bauer Zweifelhens zu 60 und 80 Pfg. das Pfund. Das Gewissen scheint dem ehrlichen Landmann keine Ruhe gelassen zu haben, denn er erstattete dem Käufer zu 80 Pfg. nachträglich wieder je 20 Pfg. per Pfund zurück. Gewiß ein feiner schöner Zug in unserer sonst so trostlosen Zeit der Weltkriege.

Leonberg, 5. Okt. Die neue Autolinie von hier nach Wimsheim wurde in Betrieb genommen. An der ersten Fahrt beteiligte sich der Oberamtsvorstand, Vertreter des Bezirksrats und der beteiligten Gemeinden von hier, Kuisheim, Perouse, Fritzhelm und Wimsheim. Durch die neue Linie kann die Landeshauptstadt aus dem entlegenen Osten in zwei Stunden erreicht werden.

Stuttgart, 5. Okt. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Herbstmarktpreise der vergangenen Woche bewegten sich im Anlauf beim Erzeuger zwischen 24—27 M., im Kleinverkehr zwischen 29—40 M., jeder Zentner. Der Durchschnittspreis beim Erzeuger ist 25 M., im Kleinhandel 32 Mark.

Stuttgart, 5. Okt. Am Montag sind Vertreter der Fraktionen des württ. Landtags nach Frankfurt a. M. zum Besuch der Frankfurter Messe gereist. Die Leitung der Messe liegt Wert darauf, auch den Parlamenten der Länder Einbit zu gewähren in die Organisations-, die durch die Messe zur Lebens- und zum Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens geschaffen wurden.

Ehlingen, 5. Okt. Im Stadtgemeindebezirk beginnt die Weinlese am 6. Oktober. Vom 9. Oktober an kann hier, in Metzingen, Sulzgries und Rildern Wein gelast werden. Das Gesamtergebnis wird auf 1400 hl geschätzt.

Legte Nachrichten.

Zur Spaltung der USP.

Stuttgart, 6. Okt. Daß wir in Württemberg zwei Parteien der Unabhängigen Sozialdemokratie haben, wird jetzt durch ein Mitteilungsblatt des alten Landesvorstandes, das am Dienstagabend zum erstenmal erschien, bestätigt. Auf der Landesversammlung am Sonntag hat die Mehrheit den „Sozialdemokrat“ als Organ der neuen USP erklärt. Nun hat der alte Landesvorstand ein eigenes Mitteilungsblatt geschaffen. Es wird bei Alexander Schilde & Cie hier gedruckt, verantwortlich zeichnet der Landesvorstand der bisherigen USP, Franz Engelhardt. In einem Aufruf an die Mitglieder wird gesagt, daß der bisherige Landesvorstand, die Kontroll- und Wahlkommission mit der Weiterführung des Geschäfts beauftragt ist und daß nur ihre Beschlüsse Gültigkeit haben für die USP. Landesorganisationsrat der USP. In einem weiteren Artikel wird der „Kampf“ des „Sozialdemokrat“ durch die Anhänger der kommunistischen Partei, die in der neuen USP, tonangebend sind, näher geschildert.

Ernährungsfragen.

Berlin, 6. Okt. In einer Besprechung beim Reichspräsidenten mit dem Vorstand des Allgem. Gewerkschaftsbundes wurde von der Regierung die Erklärung abgegeben, daß sie in der letzten Zeit mit Erfolg bemüht gewesen sei, mit Hilfe des Zusammenschlusses der Produzenten auf der einen Seite und der Gewerkschaftsverbände und der Arbeitnehmerorganisationen auf der anderen Seite die Preise zu verbilligen. So kam am 28. Septbr. zwischen den Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Arbeiterschaft ein Abkommen zustande, wonach ein Erzeugerpreis von 25 M für den Ztr. Kartoffeln in keinem Fall überschritten werden dürfe. Dort, wo es deutliche Produktionskosten gestatten, sollen die Preise weiter nach Möglichkeit gesenkt werden. Die Ernährungsminister der einzelnen Länder sind ersucht worden, ihrerseits auf das Zustandekommen derartiger Vereinbarungen hinzuwirken.

Streikbesetzung.

Berlin, 6. Okt. Nach dem „Berliner Tageblatt“ ist der Ausstand der Fischer- und Transportarbeiter in Cuxhaven beigelegt, sodas der Fischereiland nach dem Binnenland wieder aufgenommen werden kann.

Für die strenge Durchführung des Versailler Vertrags.

Berlin, 6. Okt. Zu einem Artikel des „Temps“, der sich mit den französisch-deutschen Beziehungen beschäftigt, heißt es in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“: Immer wieder kommt das Wort ganz in Sinne Millierands und Vergues auf die Notwendigkeit der strengen Erfüllung des Versailler Friedens zu sprechen. Deutlicher als das von der deutschen Regierung und dem maßgebenden Teil der öffentlichen Meinung Deutschlands gesprochen ist, kann nicht erklärt werden, daß auch Deutschland sich streng auf den Boden des Versailler Vertrags zu stellen bereit ist. Seinen Worten hat Deutsch-

land auch entsprechende Taten folgen lassen. Das wird durch die Verminderung der Wehrmacht, die Vernichtung des Kriegsmaterials, die Kohlenabgabe usw. bewiesen. Trotz aller Schwierigkeiten, die dadurch die deutsche Industrie und die Arbeiterschaft hat auf sich nehmen müssen, ist Deutschland seinen Verpflichtungen sorgfältig nachgekommen und an seinem guten Willen kann schließlich nicht gezweifelt werden. Wenn der „Temps“ trotzdem von Garantien spricht, die Frankreich braucht, so ist nicht zu verstehen, was er damit meint. Gerade aus Frankreich kommen fortwährend Stimmen, die zur Zerkümmern des Reichs auffordern und in Deutschland Erregung und Bedenkenheit hervorzurufen.

Zusammentritt der internationalen Freihandelskonferenz.

Paris, 6. Okt. Nach einer Privatmeldung des „Temps“ aus London ist gestern dort unter dem Protektorat des Cobden-Clubs eine internationale Freihandelskonferenz zusammengetreten. 200 Delegierte sind anwesend. Folgende Staaten sind vertreten: England, Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Oesterreich, Belgien, Ungarn, Holland, Rußland, Finnland, Schweden, Polen, die Schweiz und die Tschechoslowakei.

Vierte der Westdeutschen Eisenbahngesellschaft.

Berlin, 6. Okt. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge wurde sämtlichen Arbeitern u. Angestellten der dem Konzern der Westdeutschen Eisenbahngesellschaft zugehörigen Unternehmen zum 1. Januar 1921 gekündigt, weil der Betrieb wegen Unrentabilität nicht mehr aufrecht erhalten werden kann.

Ein Grubenverlust.

Breslau, 6. Okt. Die „Breslauer Morgenzeitung“ meldet aus Ladowitz die Einstellung der Grubenbetriebe der schlesischen Nickelwerke, weil sie keinen Gewinn mehr abwürfen. Während des Krieges waren 3000 Arbeiter auf dem Werke beschäftigt. Dem größten Teil der Beamten und Arbeiter ist gekündigt worden.

Kloyd George lehnt ab.

Brüssel, 6. Okt. Gaoos-Neuter verbreitet folgende Meldung: Ueber die nächste Zusammenkunft von Delacroix und Kloyd George in London erfahren wir, daß Kloyd George dem Vorschlag, die Deutschen durch die Wiedergutmachungskommission zu hören und auf diese Weise ein neues Verbot an die Stelle der Konferenz in Genf treten zu lassen, nicht günstig gegenübersteht.

Neue Wetterzeichen am südlichen Himmel.

Genf, 6. Okt. Belgrader Meldungen zufolge zeichnen Schweizerische Blätter die Lage zwischen Italien und Südspanien als sehr gespannt. Es sind sogar Gerüchte über eine angelegte Kriegsfahrt zwischen diesen beiden Ländern im Umlauf. Die Reise des Prinzregenten von Serbien nach Serajewo wird damit in Zusammenhang gebracht. Zugleich berichten italienische Blätter, daß die Belgrader Regierung die Befreiung von Sara plane.

Die engl. Wirtschaftskrise.

Amsterdam, 6. Okt. Wie der Telegraaf aus London meldet tritt die Krise im engl. Handel und der Industrie schon früher ein als man sie erwartet hatte. Eine der größten Fabriken von Sheffield hat gestern tausende von Arbeitern wegen Mangels an Aufträgen entlassen. Die Fabrik steht in Verbindung mit der United Steel Corporation, eine der größten Konzerne der Welt und man betrachtet daher dieses Ereignis als den Beginn der größten wirtschaftlichen Depression, die seit einiger Zeit schon erwartet wird. Einer der größten Fabrikanten erklärt, daß viele andere Fabriken in Kürze die gleichen Maßnahmen treffen müßten.

Polnische Werte.

Paris, 6. Okt. Wie der „Temps“ mitteilt, hat der polnische Verkehrsminister, Professor Bartel, Journalisten erklärt die polnische Krone habe den Goldwert des russischen Material im Werte von mehreren Milliarden Mark abgenommen, das verwendet werden könne.

Das französische Budget.

Paris, 6. Okt. Das französische Budget für 1921 wird sich auf rund 26 Milliarden belaufen, gegen 22 Milliarden in diesem Jahr. Der Mehrbetrag fällt zum Teil auf das Budget des Kriegsministeriums. Ein sogenanntes außerordentliches Budget wird nicht mehr aufgestellt. Der Ertrag der Kriegsgewinnsteuer für 1920/21 wird auf 4 Milliarden, der der Umsatzsteuer auf 5 Milliarden geschätzt.

Natürliches Wetter am Donnerstag und Freitag.

Reglig, trocken und mäßig kühl.

Nach der Schätzung des statistischen Reichsamtes (Statistikamt) Magd. Stadt und Bezirk der G. W. Jäger (Hauptstadt) (Magd. Stadt).

Torpedo-Schreib-Maschine

Modell V

Die bewährte Mitarbeiterin beim Wiederaufbau

Prospekt, Vorführung und Lieferung durch die

Generalvertretung

Büro-Bedarfs-Zentrale 1234

Enderlin & Breuning

Tel. 903-904 Cannstatt Wilhelmsbau.

Vertreter für den Schwarzwaldkreis:

Louis Schleich, Freudenstadt.

Neuheit!

Täglich 50 Mark und mehr

verdient man leicht durch meinen neuen unentbehrlichen Artikel.

Muster mit Prospekt gegen 3.50 M. auch in Briefen.

Gustav Harter, Zell-Harmersbach (Baden).

Lehrverträge sind wieder vorrätig bei

G. W. Jäger, Buchhdlg. Magd.

